

Chancen ergreifen.
Potsdam gestalten.

#FRIEDERICHWÄHLEN
www.goetz-friederich.de

Autonomes Frauenzentrum Potsdam Wahlprüfsteine - OB-Kandidat*innen Potsdam 2018 Götz Friederich, CDU

- Wie beschreiben Sie ihr Verhältnis zu frauenpolitischen Themen in der Landeshauptstadt?

Frauenpolitische Themen haben schon längst die Mitte der Gesellschaft erreicht und sind somit aktuell und relevant für uns alle, das gilt auch in der Stadt Potsdam. Ich nenne hier eine Mutter, die berufstätig ist, aber auf Grund eines fehlenden Kitas Platzes ihr Kind mit dem Auto jeden Tag kilometerweit durch Staus zur Kita bringen muss. Hier müssen wir reagieren.

- Worin haben Sie in der Vergangenheit ehrenamtliches Engagement investiert?^[1]_[SEP]

Ehrenamtliches Engagement halte ich für eine tragenden Säulen unserer Zivilgesellschaft. Ich engagiere mich zum Beispiel im Gemeindegkirchenrat der evangelischen Kirchgemeinde Babelsberg. Ich bin Präsident des Marketing Clubs Potsdam und Vorsitzender des PSU Potsdamer Sport-Union 04. Ich war bei der Gründung der evangelischen Grundschule in Babelsberg und beim Wiederaufbau der Kirche am Neuendorfer Anger beteiligt.

Wie vereinbaren Sie Familie und Beruf?^[1]_[SEP]

Keine leichte Aufgabe. Meine Frau und ich haben zwei Söhne, die – Gott sei Dank – bereits erwachsen sind. Meine Frau ist ebenfalls berufstätig, und so haben wir klare Absprachen und eine exakte Taktung, wer was tut. So bleibt das alltägliche Leben handhabbar. Bügeln gehört z.B. zu meinen Aufgaben.

- Was stellt Sie persönlich vor eine Herausforderung?^[1]_[SEP]

Ganz ehrlich: auch wenn man das von einem Juristen nicht unbedingt erwartet - das Ausfüllen von bürokratischen Formularen aller Art. Ich bin mehr ein Freund des gesprochenen oder geschriebenen Wortes. Da wird es vor allem dann schwierig, wenn gerade elektronische Formulare individuelle Antworten und Beschreibungen nicht zulassen, man aber auch mit dem Ausfüllen nicht weiterkommt, wenn ein Feld nicht wie vorgegeben ausgefüllt wird.

- Was können Frauen und Mädchen von Ihnen als Oberbürgermeister*in erwarten?

Ich will ein Oberbürgermeister für alle sein. Und wenn ich von allen rede, dann meine ich auch alle. Mehrheiten und Minderheiten, Männer und Frauen, LSBTI. Wir alle haben ein Recht in der Stadt zusammenzuleben. Das macht den Reiz der Stadt aus. Deswegen nochmals: Ich will ein Oberbürgermeister für alle sein.*

1. Integration / Inklusion

- Welche Konzepte haben Sie für die Integration unterschiedlicher Migrantinnengenerationen?

Es geht nicht nur um unterschiedliche Migrantinnengenerationen, es geht mir generell um ein Zusammenleben unterschiedlicher Generationen. Ältere Menschen müssen bereit sein, von jüngeren zu lernen und selbstverständlich auch umgekehrt.

Migrantinnen leben häufig in ihren Stadtteilen innerhalb ihrer Familien, doch von der neuen Lebenswirklichkeit entfernt. Sprachbarrieren und mangelnde Interaktion mit alteingesessenen und/oder deutschen Familien führen nicht selten zu Isolation innerhalb der Nachbarschaften. Parallelgesellschaften können entstehen und prägen den Prozess der Migration über Generationen.

*Damit Integration gelingt, müssen Projekte, wie z.B. das Stadtteilmütter-Projekt erprobt und entwickelt werden, in welchen Integration mit und durch Migrant*innen gefördert wird. Das Fortbestehen bewährter Integrationsprojekte – gerade auch für Frauen und Mädchen – dient der Stabilität unserer doch sehr heterogenen und lebhaften Gesellschaft, wird aber letztendlich in der Stadtverordnetenversammlung entschieden.*

- Was verbinden Sie mit Inklusion und wie wollen Sie diese in der LH Potsdam voran bringen?

Für mich ist es selbstverständlich, diejenigen speziell zu fördern, die eine spezielle Förderung benötigen. Das ist Politik aus christlichem Menschenverständnis. In jedem einzelnen Fall – zusammen mit den Eltern/Erziehungsberechtigten – muss entschieden werden, wie eine solche Förderung aussehen kann. Inklusion, so wie sie bisher gelaufen ist, ist jedoch verbesserungswürdig: Inklusion darf nicht aus ideologischen Gründen auf Kosten der einen oder der anderen Kinder gehen. Spezielle Förderschulen dürfen kein Tabu sein.

2. Arbeit/Beruf

- Meinen Sie, dass die Qualifizierungsangebote für arbeitssuchende Frauen im Jobcenter Potsdam ausreichend sind und wie gewährleisten Sie die faire Bezahlung der Referentinnen?

Wir leben z.Zt. ganz allgemein in Deutschland mit einem nachhaltigen wirtschaftlichen Wachstum. Im Speckgürtel um Berlin herum und insbesondere in Potsdam kommt dieser Aufschwung nun langsam auch endlich an. Dies hat Auswirkungen auf den regionalen Arbeitsmarkt und damit auch auf die Flexibilität des Jobcenters.

Hier ist das Jobcenter gut beraten, auf die Anforderungen des Fachkräftebedarfs aber auch der demografischen Entwicklung mit entsprechend fortlaufend aktualisierten Qualifizierungsangeboten zu reagieren. Eine faire Bezahlung der Referentinnen ist dabei für mich eine Selbstverständlichkeit.

- Welche Möglichkeiten sehen Sie, für die Wirtschaftsförderung der LHP speziell Gründerinnen und Unternehmerinnen als Wirtschaftsfaktor sichtbar zu machen?

Das sollten wir in der Tat diskutieren. Frauen sind als Unternehmerinnen und in den Führungsetagen deutscher Unternehmen immer noch unterrepräsentiert. Da müssen wir etwas machen. Mehr dazu in der Diskussion.

3. Stadt als Arbeitgeberin

- Welche Möglichkeiten sehen Sie in der Stadt Potsdam, gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit durchzusetzen und prekäre Beschäftigungsverhältnisse abzubauen?

Wenn die Stadt Potsdam im Jahre 2018 noch immer keinen gleichen Lohn für gleiche Arbeit bezahlt, ist das – gerade unter sozialdemokratischer Führung – ein Skandal. Ich werde mir diese Fälle sehr genau ansehen und politisch und juristisch prüfen, wie Abhilfe geschaffen werden kann. Meiner Ansicht nach besteht hier kein politisches Problem, sondern eher ein juristisches. Das werde ich sehr genau prüfen.

*Es wäre ein leichtes, sich im Abstrakten zu verlieren. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – in der letzten Zeit wird gerade das prekäre Arbeitsverhältnis der freiberuflichen Honorar*innen der VHS Potsdam in diesem Zusammenhang thematisiert.*

KursleiterInnen von BamF-Kursen verdienen mehr als KursleiterInnen anderer Kurse. Gerade im Sprachkurs-Bereich ist das problematisch.

Aber der Bürgerhaushalt hat da schon eine Entscheidung getroffen – fragt sich, warum das nicht umgesetzt wurde. Die Sachlage aber ist komplex und es wäre unseriös, sie in drei, vier Sätzen abzuhandeln. Hier greifen bundes-, landes- und kommunalpolitische Ebenen ineinander. Doch soviel sei zur Potsdamer VHS-Krise gesagt: Es bedarf einer fairen neuen Honorarordnung, die sowohl die freiberuflichen Honorarkräfte angemessen honoriert und als auch den realistischen Bedarfen der VHS gerecht wird. Das sollte in Abstimmung mit Stadt, VHS und Kursleitenden geschehen.

Zum anderen ist die Qualitätssicherung nicht verhandelbar, weder was die Deutschsprach- und Integrationskurse betrifft, noch die der Grundbildung und Weiterbildung. Die VHS hat seit 2015 neue Aufgaben (BAMF-Kurse) zugesprochen bekommen und muss nun qualifizierte Kräfte z.B. aus der Berufs- und Erwachsenenbildung, der DaF-Bildung oder Fremd-/Sprachenlehre rekrutieren. Die Goethe-Institute werden gerade umstrukturiert. Eine Umstrukturierung der VHS müsste aus unterschiedlichen Gründen wenigstens mal angedacht werden.

- Wie gehen Sie die interkulturelle Öffnung in der Verwaltung und den städtischen Betrieben an?
Das ist nicht mein Ansatz. Bei den städtischen Betrieben, die aus Steuergeldern finanziert werden, brauchen wir die besten Leute, die verfügbar sind, damit wir unseren Bürgern und Bürgerinnen den besten Service anbieten können.

Da ist es mir völlig gleich, ob es sich um Personen mit oder ohne Migrationshintergrund handelt. Wer gut ist, wird genommen. In vielen Betrieben nimmt eine anonyme Bewerber/innenauswahl immer mehr zu.

4. Interreligion

- An welcher Stelle setzen Sie sich für einen interreligiösen Austausch ein?

Zunächst einmal: Religion ist nach unserer Verfassung Privatsache – das gilt für die Ausübung aller Religionen und das ist gut so. Deswegen hat Religion auch in der Politik nicht wirklich etwas zu suchen. Es ist aber in unser aller Interesse, mehr von den jeweils anderen Religionen zu wissen. Verstehen wir die Religion der Menschen, dann verstehen wir auch die Menschen.

Deswegen setze ich nicht auf staatliche oder hier kommunalverordneten interreligiösen Austausch, sondern auf die vielen alltäglichen, natürlichen Begegnungen von Menschen unterschiedlicher Religion. So werde ich nach der Diskussion wahrscheinlich auch noch einen Döner essen gehen.

- Trotz aller Bemühungen gibt es keinen Raum für muslimische Frauen ihre Religion auszuüben und in den Austausch zu gehen - Was werden Sie dagegen tun?

Ich glaube, es ist prioritär nicht Sache der Stadt, sondern der Glaubensgemeinschaft. Wenn dann die Glaubensgemeinschaft an uns als Stadt herantritt, weil sie einen Raum sucht, werden wir selbstverständlich – nach unseren Möglichkeiten – versuchen zu helfen.

5. Wohnen/Bauen/Stadtentwicklung

- Wie wollen Sie finanzierbaren Wohnraum insbesondere für Alleinerziehende, Rentnerinnen und Studentinnen mit geringem Einkommen und für Frauen in Notsituation zukunftssicher zur Verfügung stellen?

Ja, wahrlich eine Mammutaufgabe: Preisgünstigerer Wohnraum muss dringend her, damit die alleinerziehende Krankenschwester oder sogar der Feuerwehrmann wieder bezahlbaren Wohnraum in Potsdam finden.

Ich werde im Einvernehmen mit dem Baubeigeordneten die Struktur und die Arbeitsabläufe in der Verwaltung im Baubereich überprüfen und effektivieren z.B. durch einen optimaleren Ressourcenansatz oder auch eine Optimierung des Zusammenspiels von kommunalen Stellen, die an Baugenehmigungen und Bebauungsplänen beteiligt sind.

Die Stadt muss generelle Planungen aber auch konkret Bebauungspläne dem momentanen Wachstum flexibel anpassen können. Je schneller und je mehr wir bauen und so eine „gesunde“ Leerstandsquote schaffen, desto schneller sinken die Preise.

- Welche sind für Sie die spezifischen Bedürfnisse von Mädchen und Frauen bezogen auf das Wohnen, Bauen und die Stadtentwicklung in der LHP und wie kann die Beteiligung von Frauen in diesen Fragen gestärkt werden?

Ich denke, es geht vor allem um bezahlbaren Wohnraum und eine vernünftige soziale Infrastruktur. Beides sind Aufgaben, um die wir uns im Rahmen des Masterplanprozesses kümmern müssen.

6. Generationengerechtigkeit

- Welche Maßnahmen bringen Sie zur Bekämpfung von Altersarmut mit?

Bei allem Respekt vor dieser Frage, aber das ist eine Aufgabe, die unsere Politiker in Berlin auf der nationalen Ebene lösen müssen. Die Kommune ist nur sehr begrenzt für Pensionen zuständig. Für unsere Stadt muss jedenfalls gelten: Hier gibt es ausreichend gute Arbeitsplätze mit guten Verdienstmöglichkeiten, die einer möglichen Altersarmut vorbeugen helfen.

- Wie sind Ihre Ideen zur Verbesserung der Situation von Fachkräften in Kita, Hort und Schule und in der Weiterbildung?

Die Verwaltung in Potsdam muss endlich über eine entsprechende Landesgesetzgebung zu einem angemessenen Betreuungsschlüssel kommen. Das ist überfällig, das Problem ist in der Vergangenheit unterschätzt worden.

Natürlich lebt die Welt von Ideen, die wir Menschen hervorbringen. Diese Ideen bringen die Gesellschaft weiter und müssen daher auch geteilt werden, im Rahmen von Weiterbildungen vermittelt werden. Ein angemessener Betreuungsschlüssel erlaubt dann auch Weiterqualifizierungen.

7. Finanzen

- Was verstehen Sie unter einer geschlechtergerechten Mittelverteilung im städtischen Haushalt? Wie ist Ihre Position dazu?

Ich werde alle Projekte auf den Prüfstand bringen. Ich werde viele Gespräche führen. Ich werde dann den Stadtverordneten sinnvolle Projekte vorschlagen für alle Menschen in der Stadt – Männer und Frauen und LSBTI.*

Aber nochmals: Es geht nicht nur um Geld, es geht um gegenseitiges Verstehen. Und nochmals: Viele frauenspezifische Probleme sind eben Probleme von uns allen.

- Die finanzielle Förderung der Projekte des Frauenzentrums Potsdam sind 100% freiwillige Leistungen. Wenn Sie Oberbürgermeister*in werden, wie setzen Sie sich für den Erhalt und die Weiterentwicklung der Projekte ein?

Nun, alleine kann ich da sicherlich wenig ausrichten. Ganz ehrlich: Hierzu bedarf es einer Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung, aber davon bin ich auch überzeugt.

8. Frauen und Mädchen

- Halten Sie die Hilfs- und Beratungsangebote für Frauen und Mädchen in der Landeshauptstadt für ausreichend und dauerhaft finanziert?

Das Autonome Frauenzentrum bietet gerade Frauen und Mädchen, die Gewalt – physisch und psychisch – erfahren haben, eine Anlaufstelle. Das ist wichtig und wertvoll – und anonyme Wohnungen bieten da Sicherheit, wo alle Grenzen überschritten wurden.

Gerne würde ich mir Ihre Arbeit intensiver ansehen und mehr darüber erfahren. Gewalt gegen Frauen und Mädchen darf – wie jede Gewalt - in unserer Gesellschaft nicht geduldet werden.

Ein anderes Projekt für Mädchen ist der Mädchentreff “Zimticken” – schon 20 Jahre alt und bewährt. Es ist wichtig, dass junge Menschen Anlaufstellen finden, sei es hier bei den Zimticken, aber auch in Vereinen (oder Glaubensgemeinschaften).

- Was unternehmen Sie dafür, dass herausragende Frauen der Landeshauptstadt bei Ehrungen angemessen berücksichtigt werden?

Machen Sie mir einfach ein paar Vorschläge, und ich werde sie als Oberbürgermeister gerne in die Prüfung geben.